

## Medienmitteilung

Thema	Rechnungsabschluss 2009 / künftige Finanzpolitik der Stadt Bern
Für Rückfragen	Michael Köpfli (Fraktionspräsident): 079 743 30 89
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern eMail <a href="mailto:bern@grunliberale.ch">bern@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.bern.grunliberale.ch">www.bern.grunliberale.ch</a>
Datum	05.03.10

### Rechnungsabschluss 2009: Zufriedenstellend aber kein Grund für falschen Optimismus

**Die Grünliberalen sind mit dem Rechnungsabschluss für das Jahr 2009 grösstenteils zufrieden. Sie warnen aber eingehend vor falschem Optimismus, die Aussichten für die kommenden Jahre sind schlecht. Neben einer Verzichtsplanung für das laufende Jahr verlangt die glp schon für das Budget 2011 ein Sparpaket. Neue Ausgaben aber auch Steuersenkungen wären zum heutigen Zeitpunkt unverantwortlich. Um in der Stadt Bern künftig eine nachhaltige Finanzpolitik zu gewährleisten, fordern die Grünliberalen zudem die Verankerung einer Schuldenbremse in der Gemeindeordnung.**

Es ist erfreulich, dass im Jahr 2009 erneut 23,4 Millionen Franken für den Schuldenabbau verwendet werden konnten. Dem Gemeinderat ist es in den vergangenen Jahren gelungen die Schulden der Stadt Bern stark abzubauen. Diesen Verdienst gilt es zu anerkennen, auch wenn man berücksichtigen muss, dass dies nicht zuletzt auch aufgrund der ausserordentlichen Gewinnablieferungen durch ewb überhaupt erst möglich wurde. Deshalb, aber auch aufgrund des Finanzplans der Stadt Bern, warnt die glp eingehend vor falscher Zuversicht aufgrund des guten Rechnungsabschlusses 2009. Die Aussichten für die kommenden Jahre sind schlecht, es drohen neue Bilanzfehlbeträge und ein viel zu tiefer Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen. Die Folge daraus wäre eine massive Neuverschuldung, welche die Anstrengungen der letzten Jahre weitgehend zunichte machen würde.

### Sparmassnahmen sind zwingend, neue Ausgaben und Steuersenkungen wären verantwortungslos

Die Grünliberalen unterstützen die vom Gemeinderat beschlossene Reduktion des städtischen Personal- und Sachaufwands um 8,0 Mio. Franken für das laufende Jahr. Neben dieser sofortigen Verzichtsplanung muss nun aber vor allem ein Sparprogramm im Hinblick auf das Budget 2011 erarbeitet werden. Nur so kann die prognostizierte Neuverschuldung in den Jahren 2012 – 2014 noch abgewendet oder zumindest stark verringert werden.

Die Grünliberalen teilen das heute geäusserte Fazit der Finanzdirektorin, welche meinte, dass trotz schwarzer Finanzwolken der Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags bis Ende dieser Legislatur realistisch sei und es weiter sinnvoll sei, diesem Legislaturziel andere Ziele unterzuordnen. Sie gehen weiter auch mit der Finanzdirektorin einig, dass nicht nur der Gemeinderat, sondern auch der Stadtrat gefordert sei.

Die Stadt Bern hat derzeit weder Geld für neue Ausgaben, noch kann sie sich Ertragsausfälle durch Steuersenkungen erlauben, beides wäre zum heutigen Zeit schlicht verantwortungslos. Im der letzten Budgetdebatte war die glp zusammen mit der BDP/CVP die einzige Fraktion, welche dieses Credo konsequent verfolgte. Es bleibt zu hoffen, dass sich das in diesem Jahr ändert.

### **Grünliberale fordern eine Schuldenbremse**

Eine nachhaltige Finanzpolitik ist für die Grünliberalen eine der zentralsten Aufgaben der Stadt überhaupt. Daher halten sie es für gerechtfertigt, diese stärker zu institutionalisieren. Die glp wird deshalb in Kürze einen Vorstoss einreichen, welcher die Verankerung einer Schuldenbremse in der Gemeindeordnung verlangt. Die Schuldenbremse soll sich stark an der Schuldenbremse auf kantonaler Ebene orientieren, welche deutlich restriktiver und wirksamer ist, als die „de facto Schuldenbremse“ welche die Finanzdirektorin in der gestrigen Stadtratsdebatte erwähnte.

Die Schuldenbremse wird u.a. vorsehen, dass ein Aufwandüberschuss im Budget im Normalfall ausgeschlossen ist und ein negativer Rechnungsabschluss vollumfänglich dem nächstmöglichen Budget belastet werden muss. Abweichungen von dieser Regel sollen nur in klar definierten Ausnahmefällen und unter strengen Auflagen möglich sein. Ebenfalls sollen mit der Schuldenbremse klare Bedingungen bezüglich des Selbstfinanzierungsgrades der Nettoinvestitionen definiert werden.